

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Riefaer  
Verlag: Riefaer  
Postfach Nr. 52

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptkolonats Meißens beförderlich bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1530.  
Telefon:  
Riefa Nr. 52.

Nr. 271.

Samstag, 21. November 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Beile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restameisse 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Festsätze, Ergänzungen Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Achtung! Unterdrückung von Beilagen, Ergänzungen an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riefa. Geschäftsführer: Goetzstr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riefa.

## Der Wortlaut des deutschen Antrages bei der BIZ.

Berlin. Der Antrag der Reichsregierung auf Einberufung des Sonderauschusses bei der BIZ hat folgenden Wortlaut:

### Memorandum:

Die deutsche Regierung stellt hiermit den Antrag, daß die Bank für den internationalen Zahlungsausgleich in Basel den im neuen Plan des Saager Abkommens vom 20. Januar 1930 vorgesehenen beratenden Sonderauschuss einberuft. Ueber Ursache und Zweck dieses Antrages bezieht sich die deutsche Regierung folgendes auszusprechen:

Bereits Anfang Juni d. J. war die deutsche Regierung zu der Überzeugung gelangt, daß sie trotz härtester Herabsetzung der staatlichen Ausgaben und wiederholter Erhöhung der Steuerlasten außer Stande sein werde, die Zahlungen der Annuitäten des neuen Planes fortzusetzen. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands war schon damals auf das ernsteste bedroht. Die deutsche Regierung hatte sich deshalb entschlossen, die notwendigen Schlussfolgerungen aus dieser Lage zu ziehen.

Diesem Entschluß folgte am 21. Juni die Erklärung des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die einen einjährigen Ausschub aller Zahlungen auf Schulden der Regierungen, Reparationen und Wiederaufbauschulden vorschlug. Der Zweck dieser weitblickenden Initiative war, wie es in der Erklärung hieß, zur Wiederherstellung des Vertrauens beizutragen und dadurch den politischen Frieden sowie die wirtschaftliche Stabilisierung in der Welt zu fördern, den Schuldnerstaaten sollte Zeit zur Wiedererlangung ihrer nationalen Prosperität gegeben werden. Die Hoffnung, daß dieser Vorschlag eine entscheidende Wendung in der Weltkrise herbeiführen werde, hat sich nicht verwirklicht. Die weiteren Ereignisse hatten zur Folge, daß das Hoover-Jahr für sich allein die Gefahr des Zusammenbruchs nicht bannen konnte. Die britische Regierung ergriff daher im Juli die Initiative zur Einberufung der Londoner Konferenz. Aus den Empfehlungen der Konferenz ergab sich die Verlängerung des der Reichsbank gewährten Kreditkredit, das sogen. Baseler Stillhalteabkommen und der Verzicht des von der Bank für internationalen Zahlungsausgleich eingesetzten Baseler Sonderauschusses.

So wichtig alle diese Maßnahmen waren, um eine schnelle Erleichterung zu schaffen, so waren sie doch ihrem ganzen Charakter nach nur vorbereitender Natur. Die Londoner Konferenz selbst hat in ihrer Schlussfolgerung festgestellt, daß die empfohlenen Maßnahmen nur ein erster Schritt seien und daß sie die Grundlage für eine Aktion von weitreichender Bedeutung bilden sollten. Dementsprechend hat auch der Sonderauschuss, die an der Durchführung der Londoner Empfehlungen mitgearbeitet haben, der vorläufige Charakter aller dieser Maßnahmen stets vor Augen gehalten. So heißt es in dem Stillhalteabkommen, daß die Vertragsparteien die darin vorgesehene Regelung nur „bis zur Herbeiführung einer dauerhafteren Lösung für das Problem der kurzfristigen Verschuldung Deutschlands getroffen haben“. Ebenso schließt der Bericht des Baseler Sonderauschusses mit der dringenden Mahnung an die beteiligten Regierungen, „keine Zeit in der Erregung der notwendigen Maßnahmen zu verlieren, um eine Lage zu schaffen, die es ermöglicht, Finanztransaktionen durchzuführen, die Deutschland und damit der Welt die so dringende benötigte Hilfe bringen“.

In den seither vergangenen Monaten hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands aus ändernde zugelegt. Die Tatsachen, die diese Lage kennzeichnen, sind allgemein bekannt. Auch in anderen Ländern hat der Druck der Krise zu den ernstesten Erscheinungen geführt. Die Welt ist sich in steigendem Maße klar geworden über den inneren Zusammenhang der verschiedenen durch die Lage angeordneten finanziellen Teilprobleme und über die Notwendigkeit, sie alsbald in ihrer Gesamtheit in Angriff zu nehmen. Bei den Überlegungen, in welcher Form diese Aufgabe am besten zu behandeln sei, ist leithin der Gedanke in den Vordergrund getreten, zunächst den beratenden Sonderauschuss einzuberufen. Da nach dem System des neuen Planes die Einberufung des beratenden Sonderauschusses von einem Antrag der deutschen Regierung abhängt, hat sich die deutsche Regierung zu diesem Antrag entschlossen, damit ihrerseits alles geschieht, was den Weg zu umfassenden gemeinsamen Maßnahmen der Regierungen eröffnen kann.

Nach dem neuen Plan ist für diesen Antrag die Erklärung der deutschen Regierung erforderlich, daß sie in gutem Glauben zu dem Schluß gekommen ist, daß die Wahrung und das Wirtschaftleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des ausstehenden Teiles der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten. Indem die deutsche Regierung diese Erklärung abgibt, muß sie zum Ausdruck bringen, daß eine solche Erklärung der gegenwärtigen Sachlage nicht gerecht wird. Seit der Aufstellung des neuen Planes ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage in der Welt, insbesondere in Deutschland, zu einer Krise ohnegleichen von Grund auf geändert worden. Da der neue Plan dem beratenden Sonderauschuss die Aufgabe weist, die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen, muß der Ausschuss das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Faktoren prüfen und

hierbei insbesondere berücksichtigen, daß die Frage der privaten Verschuldung Deutschlands rechtzeitig, vor Ende Febr. nächsten Jahres, neugeregelt sein muß und zwar durch eine Vereinbarung, die zwischen ausländischen Gläubigern und deutschen Schuldner zu treffen ist.

Da die gegenwärtigen Verhältnisse die größte Beschleunigung der zu treffenden Maßnahmen erfordern, schlägt die deutsche Regierung vor, daß der beratende Sonderauschuss unverzüglich zusammentritt und daß er seine Arbeiten so schnell wie möglich erledigt, damit schon in nächster Zeit eine Konferenz derjenigen Regierungen stattfinden kann, die für die alsbald zu fassenden Entschlüsse zuständig sind.

Berlin, 19. November 1931.

### Zur Einberufung des BIZ-Ausschusses.

Berlin. In der am Freitag abend veröffentlichten Denkschrift der Reichsregierung an die BIZ, mit dem Antrag auf Einberufung des Sonder-Ausschusses kann noch folgendes mitgeteilt werden:

Der erste geschäftliche Teil der Denkschrift dient dem Nachweis, daß es sich bei der Einberufung des Ausschusses nicht um eine isolierte Aktion handelt, sondern um eine zwangsläufige Entwicklung, die nur seinerzeit durch das Hoover-Jahr aufgehalten worden ist. Es ist selbstverständlich, daß der Grund, weshalb Präsident Hoover das Hoover-Jahr erklärte, nämlich die Unmöglichkeit Deutschlands, die Young-Zahlungen weiter zu leisten, auch für heute fortbesteht. Das Argument Hoovers haben sich dann auch alle maßgebenden Tributgläubiger seinerzeit zu eigen gemacht. Es wäre also danach eigentlich überflüssig gewesen, Feststellungen, die der Wiggins-Ausschuss ausdrücklich getroffen hat, nochmals zu wiederholen. Aus diesem Grunde leht der zweite Teil der deutschen Denkschrift die Zuständigkeit des Sonder-Ausschusses der BIZ, ausdrücklich dahin aus, daß er die Lage Deutschlands in ihrer Gesamtheit und nach allen Seiten hin prüfen müsse. Die in der Denkschrift gewählte Formulierung, die damit dem Ausschuss diese Aufgabe klar umreißt, ist im übrigen in sehr eingehenden Vorverhandlungen mit der französischen Regierung durchgeprochen worden, so daß, wenn auch die Aktion eine einseitige Erklärung der deutschen Regierung darstellt, die französische Regierung gegen die Formulierung der deutschen Denkschrift keinerlei Einwendungen erheben dürfte. An zuständiger Stelle wird auf die Feststellung Wert gelegt, daß die Reichsregierung niemals etwa die Absicht gehabt habe, zu verlangen, daß der BIZ-Ausschuss nun etwa auch eine Neuregelung der Stillhaltefrage vornehmen solle. Dies ist vielmehr Aufgabe jener anderen Konferenz, die der deutsche Stillhalteauschuss nach Berlin eingeladen hat und die jedenfalls zeitlich mit den Verhandlungen des BIZ-Ausschusses gleich laufen dürfte. Nur diese Stillhaltekonferenz kann Abmachungen darüber treffen, was nach dem Ablauf des Stillhalteabkommens Ende Februar hinsichtlich der Privatwirtschaftlichen Verschuldung Deutschlands geschehen soll. Der BIZ-Ausschuss dagegen ist lediglich zu einem Gutachten beauftragt, das dann auf einer jetzt schon von allen Beteiligten vorgesehener Regierungskonferenz zur Grundlage dienen soll. Beide aber werden am Ende doch in eine gemeinsame Regelung einmünden müssen.

Der BIZ-Ausschuss dürfte schon sehr bald einberufen werden und, da die Notenbankpräsidenten voraussichtlich zum großen Teil diejenigen Persönlichkeiten zu Mitglie-dem ernennen werden, die seinerzeit auch schon den Wiggins-Ausschuss gebildet haben, dürften die Beratungen nicht allzu lange dauern können. Der Wiggins-Ausschuss hat seinerzeit bekanntlich nur zwölf Tage lang beraten. Es ist im übrigen so gut wie sicher, daß neben den Neben von den Notenbankpräsidenten zu ernennenden Ausschussmitgliedern unter den weiteren vier hinzuwählbaren Mitgliedern wenigstens drei neutrale sein werden, nämlich je ein Vertreter der Schweiz, Hollands und Schwedens. Man sieht auch in dieser Personalfrage schon einen Fingerzeig dafür, daß die Lage Deutschlands in ihrer Gesamtheit und nach allen Seiten hin geprüft werden wird. Was die in Aussicht genommene Regierungskonferenz angeht, so kann diese unter Umständen noch vor Weihnachten, sonst aber bereits Anfang Januar zusammentreten.

### Berliner Blätter zum deutschen Prüfungsantrag.

Berlin. Zum deutschen Antrag auf Einberufung des BIZ-Sonderauschusses zur Prüfung der Gesamtlage nehmen Berliner Blätter ausdrücklich Stellung. Die „Germania“ weist darauf hin, daß das deutsche Memorandum einen wichtigen Ausgangspunkt für die kommenden Verhandlungen bilde. Die DIZ, weist darauf hin, daß das letzte Wort auf der politischen Konferenz gesprochen wird und betont, daß unsere Lage die eines Verzweiflenden sei. Aber sie sei gerade deshalb nicht die schlechteste, wenn der Reichskanzler so kämpfe, daß er in der Außenpolitik die ganze Nation hinter sich bringe. Der „Westen-Kourier“ hebt hervor, daß Deutschland eine Dauerlösung wünsche und sich darin mit der Forderung beuge, die auch von

ausländischen Regierungen aufgestellt worden sei. Die Unge-wißheit, was nach einer vorläufigen Regelung in einigen Jahren abermals sein würde, wäre keine Grundlage, auf der sich ein neues Vertrauen in der Welt festigen könnte. Die „Hären-Zeitung“ hebt hervor, wenn die Verhandlungen des Sonder-Ausschusses der BIZ, unbeeinträchtigt vor sich gingen, was Deutschland hoffe, und die Lage Deutschlands unter allen Gesichtspunkten geprüft werde, dann könne das Ergebnis mit das Ende der Reparationen sein. Die „Post, Ita.“ weist darauf hin, daß die eigentliche Entscheidung bei der internationalen Konferenz der Regierungen liegen werde. Der Berliner „Volkswirtschaftler“ hebt hervor, daß man daraus, daß Laval vorgestern in der Kammer seine ausdrückliche Opposition gegen eine Revision des Tributplanes noch einmal ausgesprochen habe, erkenne, wie wenig Hoffnungen man auf die Verhandlungen setzen könne. Der „Vorwärts“ sagte, man dürfe nicht glauben, daß die Beratungen sowohl der Ausschüsse wie auch der Konferenz leicht reibungslos und schnell vor sich gehen würden, da hüten und drüben die Friedensstörer zum Kampf gegen jede Verhandlung rüsten.

### Das Direktorium der BIZ.

#### zu einer Sonder-Sitzung zusammengesetzt.

\* Basel. Nachdem das Memorandum der deutschen Regierung auf Einberufung des Sonder-Ausschusses bei der BIZ Freitag mittag in Basel überreicht wurde (in Abwesenheit des in Amerika weilenden Präsidenten Mac-Carrab, nahm Vizepräsident Frazer die Note entgegen), trat das Direktorium im Laufe des Nachmittags zu einer Sonder-Sitzung zusammen, um die laut Youngplan vorzunehmenden Maßnahmen festzulegen. Der Zeitpunkt des Zusammentritts des Sonderauschusses hängt davon ab, welche Vertreter die fünf Gläubigerländer und vor allem Amerika ernennen werden. Sollte Wiggins wieder nach Basel entsandt werden, so hängt es auch davon ab, wann er seine Reise nach Europa antreten kann. Das eine steht fest, daß im Laufe der nächsten Woche der Ausschuss noch nicht seine Arbeiten in Basel aufnehmen wird.

\* Basel. Der Sonder-Ausschuss der BIZ dürfte, wie in Basel verlautet, voraussichtlich am 1. Dezember zum ersten Mal zusammentreten. Die Benennung der Vertreter durch die Gouverneure der 7 Zentralnotenbanken dürfte wohl Anfang der nächsten Woche erfolgen. Dann wird es auch feststehen, ob die Bundesreservebank von Remport einen ihrer europäischen Vertreter mit der Teilnahme an den Verhandlungen betrauen oder jemand von Amerika entsenden wird.

### Die Aufforderung der BIZ an die Notenbankpräsidenten.

\* Basel. Die BIZ veröffentlicht am Freitag abend folgende Verlautbarung: „Die BIZ“ gibt bekannt, daß sie am Freitag nachmittag durch den deutschen Generalkonsul in Basel ein Memorandum der deutschen Regierung vom 19. November erhalten hat, in dem die Bank aufgefordert wird, den in dem neuen Plan vorgesehenen beratenden Sonderauschuss einzuberufen. Unmittelbar nach Eingang des Memorandums sind Telegramme an alle Verwaltungsratsmitglieder der Bank geschickt worden, in denen auf Grund des Artikels 45 der Statuten um die Ermächtigung ersucht wird, den beratenden Sonderauschuss einzuberufen. Außerdem sind der Reichsbankpräsident sowie die Gouverneure der Bank von Frankreich, der Bank von England, der belgischen Nationalbank, der Bank von Italien, der Bank von Japan und die Federal Reserve Bank von Remport aufgefordert worden, in Uebereinstimmung mit Ziffer 128 des neuen Planes Mitglieder für den Ausschuss zu ernennen.“

### Der traktlose Völkerverbund

Paris, 21. November.

Botshafter Yoshizawa stattete gestern nachmittag dem französischen Außenminister einen Besuch ab, bei dem er die japanische Ansicht über den Gedanken einer Untersuchungskommission entwickelte. Im Anschluß hieran trat der Rumpfrat, also die Ratsmitglieder ohne die Delegierten der beiden Parteien, zu einer Besprechung zusammen. Während dieser wurde im wesentlichen von der zu entsendenden Untersuchungskommission gesprochen. Man hatte den Eindruck, als ob sämtliche anwesenden Ratsmitglieder für diese Kommission seien, doch wurden Beschlüsse nicht gefaßt. Unmittelbar nach der Verhandlung empfing Briand den chinesischen Delegierten Dr. Sze. Man vermutet, daß Dr. Sze die Entsendung der Kommission, mit der die Japaner sich einverstanden erklärt haben, grundsätzlich billigt.